

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ, der Grünen und der NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 06.07.2020 gemäß § 24 folgenden

Resolutionsantrag

Kinder in Flüchtlingslagern der EU

Die Bezirksvertretung Josefstadt spricht sich dafür aus, unbegleitete Kinder und Jugendliche aus Flüchtlingslagern innerhalb der Europäischen Union und Bosnien nach Österreich in menschenwürdige Lebensverhältnisse zu bringen, ihnen damit eine positive Lebensperspektive zu geben und sich auch innerhalb der Europäischen Union für eine Lösung der untragbaren Situation einzusetzen.

Begründung

Die Zustände ganz besonders für Kinder und Jugendliche in Flüchtlingslagern am Balkan und in Griechenland sind unmenschlich und katastrophal. Viele haben ihre Eltern verloren, die hygienischen Zustände sind furchtbar, sie leiden anstatt zu leben. Die COVID-19 Pandemie hat diese untragbaren Zustände noch weiter verschärft. Laut UNICEF sind tausende Kinder und Jugendliche in diesen Lagern gefangen. UNICEF und das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR versuchen vor Ort zu helfen, so gut es geht.

Für die Europäische Union, die sich in ihrem Vertrag auch zu den Grundwerten der Menschenwürde und zur Wahrung der Menschenrechte bekennt, ist das eine Schande. Die Europäische Union hat nun sehr langsam begonnen zu handeln und unbegleitete Kinder und Jugendliche aus diesen Lagern europaweit in menschenwürdige Lebensverhältnisse bringen. Deutschland geht mit gutem Beispiel voran und will nach den 47 Kindern im Mai weitere 350 bis 500 Kinder und Jugendliche aus diesen schrecklichen Zuständen holen. Luxemburg hat ebenso schon Kinder und Jugendliche aufgenommen. Auch Österreich sollte als Teil der Europäischen Union einen Beitrag leisten.

Das Bündnis SEEBRÜCKE setzt sich dafür ein, dass Menschen auf der Flucht vor Krieg und Elend einen Ort zum Ankommen finden - einen Sicheren Hafen. Kommunen können sich für ein sicheres Ankommen und neue rechtliche Rahmen einsetzen. Der „Sichere Hafen“ ist ein Prozess, den bereits 138 Städte, darunter etwa Berlin, Hamburg und Bremen, Landkreise und Gemeinden in Deutschland begonnen haben. Auch Gemeinden und Städte in Österreich sind gefragt. Auch diese können über die Zeit immer mehr Aspekte eines Sicheren Hafens erfüllen.